

Friedhofsordnung

für den neuen Friedhof der Marktgemeinde Peggau

§ 1 Eigentum und Verwaltung des Friedhofes

1. Die Marktgemeinde Peggau besitzt als grundbücherliche Eigentümerin nachstehenden Friedhof:
Den „Neuen Friedhof“, welcher unter der EZ. 423, Parz. 440/7, KG. Peggau, eingetragen ist. Er besitzt ein Flächenausmaß von 995 m². Dieser neue Friedhof grenzt an den alten schon bestehenden katholischen Friedhof unmittelbar an und ist von diesem nur durch eine Mauer mit einem Durchgang zum neuen Friedhof getrennt. Für diesen neuen Friedhof wird gemäß § 30, Abs. 1 des Landesgesetzes vom 16.2.1952, LGBl. Nr. 32, betreffend die Bestattung von Leichen (Steiermärkisches Leichenbestattungsgesetz), die folgende Friedhofsordnung erlassen.
2. Die Verwaltung des Friedhofes und die Aufsicht über denselben obliegen dem Gemeindevorstand, der zur laufenden Verwaltung eines seiner Mitglieder bestellt.

§ 2 Friedhofsprengel

1. Der Friedhofsprengel umfasst das Gebiet der Marktgemeinde Peggau und KG. Friesach. Alle im Friedhofsprengel Verstorbenen müssen in dem genannten Friedhof bestattet werden, sofern die Angehörigen des Verstorbenen bzw. die Behörde nicht eine andere Verfügung treffen.
Die Annahme einer Leiche eines außerhalb des Friedhofsprengels Verstorbenen darf nicht verweigert werden, wenn der Verstorbene im Friedhofsprengel seinen ordentlichen Wohnsitz hatte oder ein Recht auf die Benützung einer Gruft oder einer Grabstätte besaß.
2. Die Beisetzung von Aschenurnen hat an dem hiefür vorgesehenen Teil des Gemeindefriedhofes zu erfolgen. Wird die Beisetzung in ein bereits bestehendes Familiengrab verlangt, so hat diese im betreffenden Familiengrab zu erfolgen.

§ 3 Einteilung und Beschaffenheit der Begräbnisstätten

1. Die Gräber werden nach der Art des Benützungsrechtes eingeteilt in:
 - a) **Turnusgräber:** Das sind solche Gräber, die zunächst nur bis zur nächstmöglichen Wiederbelegung vergeben werden (§ 4, Abs. 1). Nach Ablauf dieser Frist fallen sie zu weiteren Bestattungszwecken anheim. Der weitere Fortbestand der Gräber kann im Einvernehmen mit der Friedhofverwaltung gesichert werden.
 - b) **Eigen- oder Dauergräber:** Das sind solche Gräber, die den Angehörigen erhalten bleiben, solange sowohl die Grabstätte als auch die darauf errichteten Denkmäler und Umfriedungen in gutem, der Pietät entsprechenden Zustand erhalten werden. Das Bestehen eines Eigengrabes kann im Einvernehmen mit der Friedhofverwaltung zeitlich begrenzt werden. Unabhängig davon bleibt die Verpflichtung, dasselbe in gutem und der Pietät entsprechenden Zustand zu erhalten, aufrecht (§ 6, Abs. 5).

2. Nach der Art der Grabstätten werden die Gräber eingeteilt in:
 - a) Einzel- oder Reihengräber (Turnusgräber);
 - b) Familiengräber (Eigen- oder Dauergräber) – in diese Art fallen auch die Urnengräber;
 - c) Grüfte.
3. Einzel- und Reihengräber sind grundsätzlich Turnusgräber, in denen bis zur nächstmöglichen Wiederbelegung nur eine Leiche beigesetzt werden darf. Sie sind für Erwachsene 2,20 m lang, 1,30 m breit und 2,00 m tief, für Kinder unter 10 Jahren 1,60 m lang, 1,00 m breit und 1,50 m tief anzulegen.
4. Familiengräber sind grundsätzlich Eigen- oder Dauergräber, ihre Länge beträgt 2,20 m, ihre Breite bei einer beizusetzenden Leiche 1,30 m und bei zwei beizusetzenden Leichen 2,60 m, wobei die Verpflichtung besteht, an den beiden Längsseiten der Grabstätte einen 15 cm breiten Streifen als Fußweg auszubilden.
Die Beisetzung von Aschenurnen hat an dem hierfür vorgesehenen Teil des Gemeindefriedhofes zu erfolgen. Die Größe der Urnengräber beträgt 1,00 m in der Länge und 1,00 m in der Breite, wobei auch hier die Verpflichtung zur Anlage eines Fußsteiges im gleichen Ausmaße besteht. Wird jedoch die Beisetzung der Aschenurne in ein bereits bestehendes Familiengrab verlangt, so kann diese im betreffenden Familiengrab erfolgen.
5. Grüfte sind in der Erde vorbereitete Bauwerke zur Aufnahme von Särgen. Sie liegen an der nördlichen Friedhofsmauer und betragen je 3,00 m in der Länge und Breite. In einer Gruft können vier Leichen beigesetzt werden. Es sind dabei ausnahmslos Metallsärge zu verwenden.
Die Errichtung einer Gruft sowie eines allenfalls dazugehörigen Denkmals bedarf, unbeschadet einer nach anderen Vorschriften (Sanitäts- und Baubehörde) erforderlichen Bewilligung, der Genehmigung der Friedhofverwaltung. Um diese Genehmigung ist unter Anschluss von Plänen in dreifacher Ausfertigung anzusuchen (§ 6, Abs. 2).
6. In Einzel- und Familiengräbern müssen die Särge mindestens 1,10 m hoch mit Erde und mit einem weiteren 0,30 m hohen Grabhügel bedeckt sein, welcher stets auf dieser Höhe zu erhalten und längstens sechs Monate nach der Beisetzung herzustellen ist.

§ 4

Turnus der Wiederbelegung und Gebühren für den Erwerb bzw. die Benützung einer Grabstelle

1. Der Turnus für die Wiederbelegung einer Grabstelle beträgt zehn Jahre.
2. Für ein Turnusgrab beträgt die Benützungsgebühr € 90,-. Nach Ablauf der Verwesungszeit (Abs. 1) kann der Bestand des Grabes für weitere zehn Jahre im Einvernehmen mit der Friedhofverwaltung, gegen Entrichtung einer Gebühr von € 90,-, gesichert werden. Der Termin einer eventuellen Wiedereinlösung eines Grabes ist von den Angehörigen selbst zu beachten. Die Friedhofverwaltung hat keine Verpflichtung, an die Fälligkeit zu erinnern.
3. Für ein einstelliges Familiengrab beträgt die Benützungsgebühr € 90,-, bei einem zweistelligen Familiengrab € 170,- und bei einem Urnengrab € 90,-. Bei der zweiten und jeden weiteren Belegung ist bei einem Familiengrab ein Betrag von € 40,- an die Friedhofverwaltung zu entrichten.
4. Für die Benützung von Grabstellen zwecks Errichtung einer Gruft, ist eine Gebühr von € 750,- (für 10 Jahre) zu entrichten. Bei der Beisetzung des zweiten und jedes weiteren Sarges ist an die Friedhofverwaltung ein Betrag von € 40,- zu bezahlen.

§ 5

Beerdigungsgebühren

1. Die Beerdigungsgebühren sind mit dem zuständigen Beerdigungsinstitut bzw. mit dem Totengräber zu verrechnen.
2. Bei Exhumierungen verrechnet der Totengräber nach dem notwendigen Zeitaufwand unmittelbar mit den Angehörigen bzw. mit dem Auftraggeber.
3. Andere bei den Gräbern noch durchzuführende Arbeiten, wie Formung des Grabhügels, Belegen mit Rasen und Steinen und Besetzen mit Blumen, sind, wenn die Angehörigen dies nicht selbst besorgen, dem Totengräber nach Vereinbarung zu entlohnen.

§ 6

Grabdenkmäler, Instandhaltung und Schmuck der Gräber

1. Es entspricht der Pietät für die Verstorbenen, dass Ihre Grabhügel von den Angehörigen oder Freunden in Ordnung gehalten werden und namentlich in der Allerseelenwoche geschmückt werden. Auch steht es den Hinterbliebenen frei, auf eigene Kosten und Gefahr ein Denkmal herstellen zu lassen.
2. Die Errichtung eines Denkmals bedarf der schriftlichen Genehmigung der Friedhofverwaltung. Die Pläne hierfür sind vor der Bestellung der Friedhofverwaltung vorzulegen. Durch die Aufstellung eines Denkmals darf keine Beschränkung oder Gefährdung der Nachbargräber verursacht werden. Denkmäler dürfen nicht über das Grab hinausragen. Denkmäler und Kreuze sind in gerader und fortlaufender Linie aufzustellen.
3. Bei den Einzel-, Reihen- oder Dauergräbern dürfen die Rand- und Umfassungssteine, die von der Partei auf eigene Gefahr gesetzt werden, nicht breiter als 10 cm und nicht höher als 10 cm und das Denkmal samt Sockel nicht höher als 1,70 m sein.
4. Die Sträucher und Zierbäume dürfen nur auf den Gräbern, keinesfalls in den Zwischenräumen gesetzt werden. Sie dürfen die Höhe von 3,00 m nicht überschreiten und sollen nicht über das Grab hinausragen, widrigenfalls sie zum Schutze der anderen Grabstätten zugestutzt oder entfernt werden müssen. Dies kann durch die Friedhofverwaltung geschehen, falls die Adresse der Partei nicht bekannt ist, oder diese Partei die Sträucher und Zierbäume in der vorgeschriebenen Zeit nicht selbst zustutzt bzw. entfernt.
5. Wird die Gruft oder Familiengrab nicht in ordentlichen Zustand erhalten, so werden Angehörigen durch die Friedhofverwaltung und durch Anschlag in der Friedhofverwaltung und am Friedhof auf die Verwahrlosung aufmerksam gemacht. Wird die Grabstätte auch dann nicht in ordentlichen Zustand gebracht, so fällt sie dem Friedhofeigentümer zu. In diesem Falle wird für die Grabstätte keine Entschädigung geleistet.
6. Die Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes gelten auch für die Einzel- und Reihengräber. Verwahrloste Gräber können im Auftrage der Friedhofverwaltung auch vor Ablauf der Verwesungszeit abgeräumt werden, ohne dass sie vor Ablauf der im § 4, Abs. 1 festgelegten Frist belegt werden.

§ 7

Verfügung über Kreuze und Monumente

1. Die Kreuze, Denkmäler, Monumente und Grabgitter aufgelassener oder nicht mehr eingelöster Grabstätten sind Eigentum der Stifter und deren Erben. Werden diese innerhalb eines Jahres nach der Verfallszeit von den Stiftern bzw. deren Erben nicht abgeholt und nicht aus dem Friedhof entfernt, so fallen sie dem Friedhofeigentümer zu.

2. Bei größeren Monumenten sind diejenigen, die darauf Anspruch erheben könnten, soweit solche der Friedhofverwaltung bekannt sind, nach Möglichkeit zu verständigen. Eine Veräußerung von Kreuzen und Denkmälern, Monumenten und Grabgittern, die einen Kunstwert besitzen, darf erst nach eingeholter Zustimmung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung stattfinden.

§ 8 Gräberverzeichnis

Über den Friedhof liegt bei der Friedhofverwaltung ein Plan auf, in welchem die Reihen der einzelnen Gräber bzw. die Familiengräber und Grüfte ersichtlich gemacht sind. Zur Evidenzhaltung der Leichen besteht ein Gräberbuch, in welchem Name, Sterbeort, Tag des Begräbnisses, Beruf und Alter des Verstorbenen sowie Standort des Grabes (Reihe, Nummer usw.) eingetragen sind.

§ 9 Benützung der Leichenhalle

1. Für die Aufbahrung von Leichen ist die von der Friedhofverwaltung festgesetzte Gebühr zu entrichten.
2. Die Einbringung einer Leiche in die Leichenhalle vor der Durchführung der Totenbeschau ist nur auf schriftliche Anweisung der zuständigen Sicherheitsorgane oder mit schriftlicher Anweisung des zuständigen Amtsarztes zulässig.
3. Die Leichen dürfen nur in Särgen eingebracht, aufgebahrt und beerdigt werden. Holzsärge müssen entsprechend stark und mit verpichteten Fugen hergestellt, Metallsärge ausreichend versteift sein. Bei Entstellung der Leiche, bei Auflaufen und raschem Eintritt der Verwesung ist der Sargdeckel zu schließen bzw. geschlossen zu halten. In der wärmeren Jahreszeit sind die offen aufgebahrten Leichen mit dem Bahrtuch ganz zu überdecken.

§ 10 Allgemeine Bestimmungen

1. Die Beerdigung der Verstorbenen hat ohne Rücksicht auf deren Glaubensbekenntnisse auf einem würdigen Platz zu erfolgen.
2. Die Besucher des Friedhofes sowie die dort Beschäftigten haben alles zu vermeiden, was der Pietät, die den Begrabenen zukommt, widerspricht. Ungeziemendes Benehmen, Spielen von Kindern, Betteln, Rauchen, Mitnehmen von Hunden, Verkauf von Grabschmuck, Aufstellen von Verkaufsbuden jeder Art sowie das Befahren mit Fahr- und Motorrädern und die Durchführung von Sammlungen sind verboten.
3. Der abgeräumte Gräberschmuck und andere Abfälle sind nur an den hiefür bestimmten Stellen abzulegen.
4. Es ist dem Totengräber streng untersagt, bei Öffnung der Gräber oder Exhumierung von Leichen Angehörige oder fremde Personen, namentlich Kinder, zuzulassen oder ihnen Überreste von Leichen, wie Zähne, Gebeine, Schädel usw. zu geben.
5. Wenn bei der Öffnung von Gräbern Körperreste zum Vorschein kommen, so sind sie sogleich mit Erde zu bedecken und wieder in dasselbe Grab zu legen.
6. Bei Einzel- und Familiengräbern dürfen nur Holzsärge, bei Grüften nur Metallsärge verwendet werden.
7. Der Totengräber ist verpflichtet, Unzukömmlichkeiten bzw. Übertretungen dieser Friedhofsordnung abzustellen und gegen Zuwiderhandelnde die Anzeige an die Friedhofverwaltung zu erstatten.

8. Beschwerden gegen den Totengräber sowie über Vorkommnisse, durch welche sich die Parteien gekränkt oder beeinträchtigt fühlen und über sonstige Verletzungen der Pietät sind bei der Friedhofverwaltung einzubringen.
9. Im Falle der Auflösung des Friedhofes wird für die Grabstätten keine Entschädigung geleistet.

§ 11

Wirksamkeitsbeginn und Strafbestimmungen

1. Diese Friedhofordnung tritt mit dem Tage der Genehmigung durch die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung in Kraft.
2. Unbeschadet der Bestimmungen dieser Friedhofordnung sind die Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Februar 1952, LGBl. Nr. 32, betreffend die Bestattung der Leichen (Steiermärkisches Leichenbestattungsgesetz), insbesondere hinsichtlich der Durchführung der Totenbeschau, der Durchführung von Obduktionen und der Überführung und Enterdigung von Leichen sowie des Zeitraums, innerhalb dessen eine Leiche bestattet werden darf, einzuhalten.
3. Übertretungen dieser Friedhofordnung sind Übertretungen im Sinne des § 33 des Steiermärkischen Leichenbestattungsgesetzes, LGBl. Nr. 32/1952 und werden von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit mit einer Arreststrafe bis zu drei Wochen, geahndet, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit einer strengeren Strafe bedroht oder gerichtlich strafbar ist.

§ 12

Sanitätspolizeiliche Bestimmungen

1. Die Bestattung darf nur dann stattfinden, wenn der Friedhofverwaltung der Totenbeschauschein vorgelegt wird. Der Totenbeschauschein ist vor der Einbringung in die Leichenkammer vorzulegen. In Ausnahmefällen wird der Totenbeschauschein durch die schriftliche Anweisung der Sicherheitsorgane oder des Amtsarztes ersetzt.
2. In Grüften sind Metallsärge oder Holzsärge mit Metalleinlagen zu verwenden, in allen übrigen Gräbern Särge aus Material, das innerhalb der Verwesungszeit verrottet, im Allgemeinen also Holzsärge. Die Fugen der Holzsärge müssen flüssigkeitsdicht verschlossen sein. Die Verwendung von Särgen aus Materialien, die nicht verrotten, ist in Erdgräbern nicht zulässig.
3. Bei Entstellung der Leiche, bei Auflaufen und raschem Eintritt der Verwesung ist der Sargdeckel zu schließen bzw. geschlossen zu halten. In der wärmeren Jahreszeit sind offen aufgebahrte Leichen mit dem Bahrtuch ganz zu überdecken. Bei Leichen, die auf Grund einer behördlich bewilligten Überführung von auswärts eingebracht werden, ist die Wiederöffnung des Sarges zu Aufbewahrungszwecken verboten.
4. Die Särge müssen mindestens 1,10 m hoch mit Erde überdeckt sein. Darüber soll ein 30 cm hoher Grabhügel aufgeworfen werden. Ist ausnahmsweise bei Reihengräbern durch die Friedhofgestaltung ein Grabhügel nicht vorgesehen, so sind die Gräber um 30 cm tiefer als gewöhnlich vorgeschrieben (§ 3) auszuheben.